

Beteiligtentransparenzdokumentation

Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes

Einbringer: **Fraktion der FDP**

(Drucksache 7/3348)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 23. September 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der FDP

Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

In Thüringen sind Altersunter- und -obergrenzen normiert, die nicht mehr zeitgemäß scheinen. Zudem werden in Thüringen die vollständigen Adressen der Bewerber im Rahmen der Veröffentlichung der Wahlvorschläge ebenfalls veröffentlicht. Vor dem Hintergrund steigender Straftaten auch gegenüber Kommunalpolitikern ist diese Praxis zu überdenken. Zudem erscheint es nicht für den Wahlgang notwendig, die Adressen zu veröffentlichen.

B. Lösung

Durch die Änderung des Thüringer Gesetzes über die Wahlen in den Landkreisen und Gemeinden (Thüringer Kommunalwahlgesetz - Thür-KWG) wird die Altersober- und Altersuntergrenze abgeschafft sowie die Veröffentlichung von Adressen nur auf expliziten Wunsch der Bewerber geregelt.

C. Alternativen

Beibehaltung der bestehenden Rechtslage

D. Kosten

Keine

Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Kommunalwahlgesetz vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. März 2019 (GVBl. S. 59), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 18 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:

"Die Veröffentlichung der Wahlvorschläge beinhaltet nur den vollständigen Namen und den Wohnort der jeweiligen Bewerber. Die vollständige Anschrift wird nur auf Wunsch der Bewerber veröffentlicht."

2. § 24 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Für das Amt des Bürgermeisters wählbar ist jede wahlberechtigte Person im Sinne des § 1, die am Tag der Wahl

1. volljährig ist,
2. nicht nach § 2 vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
3. im Fall der Bewerbung um das Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters seit mindestens sechs Monaten in der Gemeinde ihren Aufenthalt hat.

Zum hauptamtlichen Bürgermeister kann auch gewählt werden, wer zur Zeit der Wahl seinen Aufenthalt nicht in der Gemeinde hat. § 25 des Thüringer Beamtengesetzes findet im Übrigen keine Anwendung."

3. Nach § 41 a wird folgender neue § 41 b eingefügt:

"§ 41 b
Übergangsbestimmungen

(1) Für Wahlen, die nach Inkrafttreten des Vierten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes stattfinden, findet § 24 Abs. 2 Satz 3 in der vor Inkrafttreten des Vierten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes geltenden Fassung Anwendung, wenn die durch die Wahl zu besetzende Stelle am Tag des Inkrafttretens dieser Vorschrift bereits ausgeschrieben ist.

(2) Findet die Bürgermeister- oder Landratswahl vor Inkrafttreten des Vierten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes statt, findet § 24 Abs. 2 Satz 3 in der vor Inkrafttreten des Vierten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes geltenden Fassung auch bei einer Stichwahl nach § 24 Abs. 8 Satz 2, die erst nach Inkrafttreten dieses Gesetzes stattfindet, Anwendung."

4. Die Inhaltsübersicht wird der vorstehenden Änderung angepasst.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (GG) vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) ist die Rahmenkompetenz des Bundes zum Erlass des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) entfallen. Die Länder waren bis dahin aufgrund der Rahmenkompetenz des Bundes nach Artikel 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GG verpflichtet, ihre Landesbeamtengesetze an den Vorgaben des Beamtenrechtsrahmengesetzes auszurichten. An die Stelle der bisherigen Rahmengesetzgebung für die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Landes- und Kommunalbediensteten trat mit der Änderung des Grundgesetzes eine konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis des Bundes. Entsprechend traten die Regelungen des Beamtenrechtsrahmengesetzes mit Ausnahme von Kapitel II und § 135 gemäß § 63 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz - BeamStG) außer Kraft und wurden durch entsprechende Gesetze auf Landesebene ersetzt. Insofern handelt es sich bei § 24 Abs. 2 Satz 3 um eine redaktionelle Anpassung.

Leider werden auch Bewerber für Kommunalwahlen immer öfter Ziel von politisch motivierten Straftaten. Nicht selten sind dabei auch die Wohnhäuser der Kandidaten Ziel, beispielsweise durch Schmierereien. Aber auch Post mit Beleidigungen und Bedrohungen sind ein nicht seltenes Mittel in diesem Kriminalitätsspektrum. Mit der Abschaffung der Veröffentlichung der Adressen der jeweiligen Bewerber kann zumindest diesen Straftaten ein Stück weit begegnet werden und es ist ein erster Schritt zum besseren Schutz der Kommunalpolitiker getan, ohne dass das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit negativ betroffen wäre.

Bei der Beamtengruppe der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte handelt es sich um kommunale Wahlbeamte, bei denen die gesetzlichen Regelungen zu den Altersgrenzen bundesweit variieren. In Thüringen liegt die Altersgrenze von hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten nach dem Thüringer Kommunalwahlgesetz zwischen 21 und 65 Jahren. Die Existenz einer solchen Altersober- aber auch -untergrenze stellt eine Altersdiskriminierung dar.

Die Menschen leben immer länger bei guter Gesundheit, weswegen eine Obergrenze also nur schwer nachzuvollziehen scheint und gar als nicht mehr zeitgemäß zu betrachten ist. Schlussendlich muss es den Wählern überlassen bleiben, inwiefern er einen Kandidaten für in der Lage hält, ein solches Amt zu begleiten.

Ein Außenvorhalten Über-65-Jähriger, aber auch volljähriger Menschen vom Posten des hauptamtlichen Bürgermeisters wirkt in Anbetracht der demographischen Gruppengröße von Menschen über 60 und jungen Erwachsenen wenig überzeugend. Unter Beachtung auch der Entwicklung des Gesundheitssystems, der steigenden Lebensdauer und der Demografie ist weder eine Unter- noch eine Obergrenze zu rechtfertigen. Eine Ausgrenzung aus dem Hauptamt Bürgermeister oder Landrat ist somit nicht mehr zeitgemäß.

Für die Fraktion:

Montag

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Bayerischer Städtetag

Städtetag Baden-Württemberg

Bayerischer Gemeindetag

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

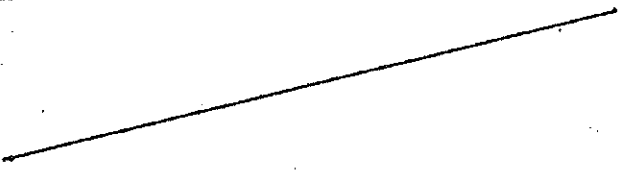

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

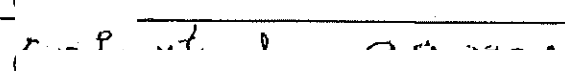

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

| | | | | | | | | | | | |
|--|---|------|-------------------|---|--------------------------|--|--|------------------------------------|------------------|-------------------|--------------|
| Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)? | | | | | | | | | | | |
| Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2208 - Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3348 - | | | | | | | | | | | |
| 1. | Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.) | | | | | | | | | | |
| | <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit</td> <td>Oberste Aufsichtsbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Mühlbergstraße 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table> | Name | Organisationsform | Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit | Oberste Aufsichtsbehörde | Geschäfts- oder Dienstadresse | | Straße, Hausnummer (oder Postfach) | Mühlbergstraße 8 | Postleitzahl, Ort | 99096 Erfurt |
| Name | Organisationsform | | | | | | | | | | |
| Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit | Oberste Aufsichtsbehörde | | | | | | | | | | |
| Geschäfts- oder Dienstadresse | | | | | | | | | | | |
| Straße, Hausnummer (oder Postfach) | Mühlbergstraße 8 | | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | 99096 Erfurt | | | | | | | | | | |
| 2. | Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG) | | | | | | | | | | |
| | <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table> | Name | Vorname | | | <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) | | Straße, Hausnummer | | Postleitzahl, Ort | |
| Name | Vorname | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) | | | | | | | | | | | |
| Straße, Hausnummer | | | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | | | | | | | | | | | |

| | | |
|----|--|---|
| 3. | Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG) | |
| | Datenschutzrecht, Beratung und Kontrolle, Ombudsstelle für Informationsfreiheit | |
| 4. | Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher | |
| | <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? | |
| | Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) | |
| | - Ergänzung des § 23 Abs 1 Thür KWG um Hinweis auf Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 BNG. | |
| 5. | Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG) | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) | <input type="checkbox"/> nein |
| | Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? | |
| |  | |
| | In welcher Form haben Sie sich geäußert? | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief | |
| 6. | Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7) |
| | Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber! | |
| |  | |

| | | |
|----|---|-------------------------------|
| 7. | Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG) | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und **unaufgefordert** bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

| | |
|---|--|
|  |  |
|---|--|



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom :
Ihr Zeichen :
Bearbeiter/in:
Telefon :
Erfurt, den : 9. September 2021

vorab per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

**Viertes Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes - Gesetzentwürfe
der Fraktionen der CDU (Drs. 7/2208) und der FDP (3348)**

**Anhörungsverfahren gemäß § 79, 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thü-
ringer Landtags**

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Übersendung der oben genannten Gesetzentwürfe und die damit verbun-
dene Möglichkeit der Stellungnahme im Rahmen des schriftlichen Anhörungsver-
fahrens gem. §§ 79 und 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
(GO) bedankt sich der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit (TLfDI)

A. Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drs. 7/2208)

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drs. 7/2208) ist aus datenschutzrechtli-
cher Sicht nichts zu erinnern.

Postanschrift: Postfach 900455
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900

E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de

*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

B. Zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP (Drs. 7/3348)

Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist zu Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP auf Folgendes hinzuweisen:

Wie aus der Begründung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP hervorgeht, dient die Neufassung des § 18 Abs. 1 Thüringer Kommunalwahlgesetz-Entwurf (ThürKWG-E) dem Ziel, die Veröffentlichung der Wohnadressen der Bewerberinnen und Bewerber für Kommunalwahlen abzuschaffen, damit diese **nicht Opfer von Straftaten** werden.

Um diesen Zweck bei **Landtagswahlen** zu erreichen, enthält aber bereits § 36 Satz 4 Thüringer Landeswahlordnung (ThürLWO) eine probate Regelung:

*„Weist ein Bewerber bis zum Ablauf der Einreichungsfrist gegenüber dem Kreiswahlleiter nach, dass für ihn im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 BMG eingetragen ist, ist **anstelle seiner Anschrift (Hauptwohnung)** eine Erreichbarkeitsanschrift zu verwenden; die Angabe eines Postfachs genügt hierfür nicht.“*

Eine Auskunftssperre ist gem. § 51 Abs. 1 Bundesmeldegesetz (BMG) im Melderegister einzutragen, wenn Tatsachen vorliegen, *„die die Annahme rechtfertigen, dass der betroffenen Person oder einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft eine **Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen** erwachsen kann.“*

Eine solche Auskunftssperre hat die Meldebehörde bei Vorliegen der genannten Voraussetzungen gem. § 51 Abs. 1 Satz 1 BMG auf Antrag oder von Amts wegen unentgeltlich im Melderegister einzutragen. Gem. § 51 Abs. 1 Satz 2 BMG stellt insbesondere der Schutz der betroffenen Person oder einer anderen Person vor **Bedrohungen, Beleidigungen sowie unbefugten Nachstellungen** ein ähnliches schutzwürdiges Interesse dar.

Damit nun eine Auskunftssperre eine gleiche Wirkung wie in § 36 Abs. 4 ThürLWO **auch für Kommunalwahlen** entfaltet, müsste § 23 Abs. 1 Thüringer Kommunalwahlordnung lediglich um eine solche entsprechende Regelung ergänzt werden.

Wenn dieser – auch im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales bekannte - Regelungsbedarf wie dargestellt gelöst würde, bedürfte es darüber hinaus aus der Sicht des TLfDI keiner weiteren Änderung im ThürKWG.

Bitte nehmen Sie das angehängte Merkblatt über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beim TLfDI zur Kenntnis.

Mit fre~~u~~ndlichen Grüßen

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Ihre Daten. Wir möchten Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontakt**daten:

TLfDI
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt
Tel.: +49 (361) 57-3112900
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de¹

2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG² i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.

3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.

Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.

Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.

4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis

zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.

5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.

6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI³

7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.

Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.²

***Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich *aus Ihrer besonderen Situation* ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

¹ verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

² Nur für den nichtöffentlichen Bereich

³ Siehe Nr. 1.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

| | | | | | | | | | | | |
|--|---|-------------------|-------------------|-----------------------|------|--|--|------------------------------------|----------------|-------------------|---------------|
| Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)? | | | | | | | | | | | |
| Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2208 - Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3348 - | | | | | | | | | | | |
| 1. | Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.) | | | | | | | | | | |
| | <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bayerischer Städtetag</td> <td>KdöR</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Raumerstraße 7</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>80333 München</td> </tr> </table> | Name | Organisationsform | Bayerischer Städtetag | KdöR | Geschäfts- oder Dienstadresse | | Straße, Hausnummer (oder Postfach) | Raumerstraße 7 | Postleitzahl, Ort | 80333 München |
| | Name | Organisationsform | | | | | | | | | |
| | Bayerischer Städtetag | KdöR | | | | | | | | | |
| | Geschäfts- oder Dienstadresse | | | | | | | | | | |
| | Straße, Hausnummer (oder Postfach) | Raumerstraße 7 | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | 80333 München | | | | | | | | | | |
| 2. | Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG) | | | | | | | | | | |
| | <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table> | Name | Vorname | | | <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) | | Straße, Hausnummer | | Postleitzahl, Ort | |
| | Name | Vorname | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) | | | | | | | | | | |
| | Straße, Hausnummer | | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | | | | | | | | | | | |

| | | |
|----|--|---|
| 3. | Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG) | |
| | Interessenvertretung u. Beratung v. Mitgliedern | |
| 4. | Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? | |
| | Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) | |
| | s. Stellungnahme | |
| 5. | Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG) | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) | <input type="checkbox"/> nein |
| | Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? | |
| | | |
| | In welcher Form haben Sie sich geäußert? | |
| | <input type="checkbox"/> per E-Mail | |
| | <input type="checkbox"/> per Brief | |
| 6. | Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7) |
| | Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber ! | |
| | | |

| | | |
|----|--|-------------------------------|
| 7. | Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG) | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

| | |
|-------------------|---------------------|
| Ort, Datum | Unterschrift |
| München, 7.7.2021 | |



Bayerischer
Städtetag

Bayerischer Städtetag Postfach 100254 80076 München

An den
Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Referent
Telefon
Telefax
E-Mail

Az.
Nr.

Datum

9. Juli 2021

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/1386

zu Drs. 7/2208/3348

**Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes;
Ihr Schreiben vom 29. Juni 2021;**

- Ihr Zeichen - - Drs. 7/2208, 7/3348 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir als Kommunalverband aus bayerischer Sicht zu den Gesetzentwürfen der Fraktion der CDU sowie der Fraktion der FDP Stellung.

1. Anhebung der Altersgrenzen für die Wahl von hauptamtlichen Bürgermeistern und von Landräten auf 67 Jahre (Drucksache 7/2208) bzw. Aufhebung der Altersgrenzen (Drucksache 7/3348)

Nach Art. 39 Abs. 2 Satz 2 des bayerischen Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes kann zum berufsmäßigen ersten Bürgermeister und zum Landrat nicht gewählt werden, wer am Tag des Beginns der Amtszeit das 67. Lebensjahr vollendet hat. Die Altersgrenze wurde mit dem Gesetz zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes und anderer Vorschriften vom 16. Februar 2012 (GVBl S. 30) allerdings erst mit Wirkung für die allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen im Jahr 2020 (§ 8 Abs. 3) um zwei Jahre angehoben.

Im Gesetzentwurf begründete die Bayerische Staatsregierung die Anhebung der Altersgrenzen wie folgt:

„Angesichts der allgemeinen demographischen Entwicklung, wonach nicht nur die durchschnittliche Lebenserwartung steigt, sondern auch die Leistungsfähigkeit im Alter länger erhalten bleibt, soll jedoch die bislang geltende Altersgrenze (65. Lebensjahr) um zwei Jahre angehoben werden. Die Erhöhung auf das 67. Lebensjahr ist auch vor dem Hintergrund der Anhebung des Ruhestandeintrittsalters für Laufbahnbeamte zu sehen, die in Übereinstimmung mit dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung schrittweise bis zum Jahr 2029 vom 65. auf das 67. Lebensjahr erfolgt. Da der für die Höchstaltersgrenze von berufsmäßigen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten maßgebliche Zeitpunkt der Amtsantritt ist, wird damit eine Tätigkeit bis zu einem Alter von nahezu 73 Jahren ermöglicht.“

Bayerischer Städtetag
Prannersstraße 7, 80333 München
Postanschrift
Postfach 100254, 80076 München

Eine Popularklage auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Altersgrenze in Art. 39 Abs. 2 Satz 2 GLKrWG (Vollendung des 65. Lebensjahres) wurde durch Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 19. Dezember 2012 (Vf. 5-VII-12) abgewiesen.

Aktuell wird im Rahmen der Evaluierung der allgemeinen Kommunalwahlen vom 15. März 2020 diskutiert, die Höchstaltersgrenze für die Wahl berufsmäßiger kommunaler Wahlbeamter aufzuheben.

Der Bayerische Städtetag hat sich seinerzeit für eine Aufhebung der Höchstaltersgrenze ausgesprochen. Verschiedene Gesetze gehen davon aus, dass Positionen mit hoher Verantwortung und großem Leistungserfordernis ohne Altersbegrenzung ausgeübt werden können. So kann eine Person mit 75 Jahren als Bundeskanzler*in, nicht aber als berufsmäßige*r Bürgermeister*in gewählt werden. Diese Ungleichbehandlung findet keine sachliche Begründung. Eine Höchstaltersgrenze ist auch hinsichtlich des Demokratieprinzips angreifbar, da die Entscheidung, ob einer Kandidatin oder einem Kandidaten die Ausübung des Amtes noch zuzutrauen ist, besser der Urteilstkraft der Wähler*innen überlassen bleiben sollte.

2. Veröffentlichung von Adressen nur auf expliziten Wunsch der Bewerber (Drucksache 7/3348)

Nach § 51 Abs. 1 Satz 4 der bayerischen Gemeinde- und Landkreiswahlordnung wird die Anschrift der sich bewerbenden Personen nicht in die Bekanntmachung aufgenommen. Eine Aufnahme der Anschrift auf expliziten Wunsch der Bewerbenden halten wir für unzumutbar.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

| | | | | | | | | | | | |
|---|---|--------------------------|--------------------------|-----------------------------|---------------|--|---------------|---|--|--------------------------|-----------------|
| Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)? | | | | | | | | | | | |
| Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3348 - | | | | | | | | | | | |
| 1. | Haben Sie sich als <u>juristischen Person</u> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.) | | | | | | | | | | |
| | <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Städtetag Baden-Württemberg</td> <td>Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Königstraße 2</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>70173 Stuttgart</td> </tr> </table> | Name | Organisationsform | Städtetag Baden-Württemberg | Landesbehörde | Geschäfts- oder Dienstadresse | Königstraße 2 | Straße, Hausnummer (oder Postfach) | | Postleitzahl, Ort | 70173 Stuttgart |
| | Name | Organisationsform | | | | | | | | | |
| | Städtetag Baden-Württemberg | Landesbehörde | | | | | | | | | |
| | Geschäfts- oder Dienstadresse | Königstraße 2 | | | | | | | | | |
| | Straße, Hausnummer (oder Postfach) | | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | 70173 Stuttgart | | | | | | | | | | |
| 2. | Haben Sie sich als <u>natürliche Person</u> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG) | | | | | | | | | | |
| | <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table> | Name | Vorname | | | <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) | | Straße, Hausnummer | | Postleitzahl, Ort | |
| | Name | Vorname | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) | | | | | | | | | | |
| | Straße, Hausnummer | | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | | | | | | | | | | | |

| | | |
|----|---|--|
| 3. | Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG) | |
| | | |
| 4. | Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher | |
| | <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? | |
| | Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) | |
| | | |
| 5. | Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) | <input type="checkbox"/> nein |
| | Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? | |
| | | |
| | In welcher Form haben Sie sich geäußert? | |
| | <input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief | |
| 6. | Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7) |
| | Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber! | |
| | | |

| | | |
|----|---|-------------------------------|
| 7. | Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

| Ort, Datum | Unterschrift |
|------------|--------------|
| | |

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

| | | | | | | | | | | | |
|--|---|------|-------------------|----------------------|-----------------------|--|--|------------------------------------|--------------|-------------------|---------------|
| Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)? | | | | | | | | | | | |
| Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2208 - Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3348 - | | | | | | | | | | | |
| 1. | Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.) | | | | | | | | | | |
| | <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bayrische Gewandekay</td> <td>Körperschaft d. ö. R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Drecksstr. 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>80805 München</td> </tr> </table> | Name | Organisationsform | Bayrische Gewandekay | Körperschaft d. ö. R. | Geschäfts- oder Dienstadresse | | Straße, Hausnummer (oder Postfach) | Drecksstr. 8 | Postleitzahl, Ort | 80805 München |
| Name | Organisationsform | | | | | | | | | | |
| Bayrische Gewandekay | Körperschaft d. ö. R. | | | | | | | | | | |
| Geschäfts- oder Dienstadresse | | | | | | | | | | | |
| Straße, Hausnummer (oder Postfach) | Drecksstr. 8 | | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | 80805 München | | | | | | | | | | |
| 2. | Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG) | | | | | | | | | | |
| | <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table> | Name | Vorname | | | <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) | | Straße, Hausnummer | | Postleitzahl, Ort | |
| Name | Vorname | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) | | | | | | | | | | | |
| Straße, Hausnummer | | | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | | | | | | | | | | | |

| | | |
|----|--|---|
| 3. | Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG) | |
| | Erfüllung der sachungsbezogenen Aufgaben, vgl. auch Art. 83 Abs. 7 Bay. Verfassung | |
| 4. | Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? | |
| | Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) | |
| | Hinweis auf Sachverhalte Rechtslage und Rechtsprechung, Gesetzgebungsverfahren | |
| 5. | Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG) | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) | <input type="checkbox"/> nein |
| | Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? | |
| | | |
| | In welcher Form haben Sie sich geäußert? | |
| | <input type="checkbox"/> per E-Mail | |
| | <input type="checkbox"/> per Brief | |
| 6. | Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7) |
| | Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber ! | |
| | | |

| | | |
|----|--|-------------------------------|
| 7. | Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG) | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

| | |
|-------------------|---------------------|
| Ort, Datum | Unterschrift |
| München, 10.08.20 | |

THÜR. LANDTAG POST
04.08.2021 08:35

19842/2021

Bayerischer Gemeindetag, Dreschstr. 8, 80805 München

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

München, 3. August 2021

**Anhörungsverfahren zum Vierten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes;
Gesetzentwürfe der Fraktion der CDU (Drs. 7/2208) und der Fraktion der FDP (Drs. 7/3348)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bayerische Gemeindetag vertritt als einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern die Interessen der 2.031 kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden. Gerne nehmen wir aus unserer Sicht zu den Gesetzentwürfen Stellung wie folgt:

1. Höchstaltersgrenze für hauptamtliche Bürgermeister und Landräte

Der Bayerische Landtag hat die Höchstaltersgrenze für berufsmäßige Erste Bürgermeister und Landräte mit Gesetz vom 16.02.2012 (GVBl S. 30) von 65 auf 67 Jahre angehoben, wobei die Anhebung nach einer Übergangsregelung erstmals bei den allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen 2020 anzuwenden war. Auf die Begründung des Gesetzentwurfs wird Bezug genommen (Bayerischer Landtag, Drs. 16/9081 v. 29.06.2011, S. 14, abrufbar unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente). Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens hat sich der Bayerische Gemeindetag nicht abschließend positioniert und lediglich darauf hingewiesen, dass sich die versorgungsrechtlichen Regelungen bei einer Anhebung der Höchstaltersgrenze nicht verschlechtern dürften.

Im Nachgang hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof mit Entscheidung vom 19.12.2012 (Vf. 5-VII-12) sowohl die neue Altersgrenze als auch die Übergangsregelung für verfassungsgemäß erklärt. Eine gegen die Höchstaltersgrenze erhobene Verfassungsbeschwerde wurde vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen (Beschluss v. 26.08.2013, 2 BvR 441/13).

2. Veröffentlichung der Wahlvorschläge

Nach § 51 Abs. 1 S. 4 der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung (GLKrWO) wird die Anschrift der sich bewerbenden Personen nicht in der Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge aufgenommen. Durch dieses mit Änderungsverordnung vom 01.03.2019 (GVBl S. 62) eingefügte Verbot ist die Problematik, wie melderechtliche Auskunftssperren zu behandeln sind, entfallen.

Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V. erhält Abdruck dieses Schreibens.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

| | | | | | | | | | | | |
|--|---|--|-------------------|---|-----------------------------|---|--|------------------------------------|--|-------------------|--|
| Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)? | | | | | | | | | | | |
| Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2208 - Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3348 - | | | | | | | | | | | |
| 1. | Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small> | | | | | | | | | | |
| | <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none; text-align: center;"> <i>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</i> </td> <td style="border: none; text-align: center;"> <i>Eingetragener Verein</i> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"> Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Bröckelau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50 </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table> | Name | Organisationsform | <i>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</i> | <i>Eingetragener Verein</i> | Geschäfts- oder Dienstadresse | | Straße, Hausnummer (oder Postfach) | Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Bröckelau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50 | Postleitzahl, Ort | |
| | Name | Organisationsform | | | | | | | | | |
| | <i>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</i> | <i>Eingetragener Verein</i> | | | | | | | | | |
| | Geschäfts- oder Dienstadresse | | | | | | | | | | |
| | Straße, Hausnummer (oder Postfach) | Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Bröckelau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50 | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | | | | | | | | | | | |
| 2. | | | | | | | | | | | |
| Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small> | | | | | | | | | | | |
| | <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table> | Name | Vorname | | | <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> | | Straße, Hausnummer | | Postleitzahl, Ort | |
| | Name | Vorname | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | |
| | <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> | | | | | | | | | | |
| | Straße, Hausnummer | | | | | | | | | | |
| Postleitzahl, Ort | | | | | | | | | | | |

| | | |
|----|--|--|
| 3. | Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG) | |
| | Kommunaler Spitzenverband i. S. v. § 126, 127 ThürKO, Art. 94 Abs. 4 ThürVerf | |
| 4. | Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? | |
| | Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG) | |
| | | |
| 5. | Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG) | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) | <input type="checkbox"/> nein |
| | Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? | |
| | | |
| | In welcher Form haben Sie sich geäußert? | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail | <input type="checkbox"/> per Brief |
| 6. | Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7) |
| | Werin Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber! | |
| | | |

| | | |
|----|--|--|
| 7. | Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein |

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

| Ort, Datum | Unterschrift |
|-------------------|--------------|
| Erfurt, 15.9.2021 | |

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2208 -

Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

- Drucksache 7/3348 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

| | |
|------------------------------------|-------------------------|
| Name | Organisationsform |
| Thüringischer Landkreistag | e. V. |
| Geschäfts- oder Dienstadresse | |
| Straße, Hausnummer (oder Postfach) | Richard-Breslau-Str. 13 |
| Postleitzahl, Ort | 99094 Erfurt |

2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

| | |
|--|---------|
| Name | Vorname |
| | |
| <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) | |
| Straße, Hausnummer | |
| Postleitzahl, Ort | |

| | | |
|----|--|--|
| 3. | Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG) | |
| | kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKo, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf | |
| 4. | Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? | |
| | Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) | |
| | Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive | |
| 5. | Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) | <input type="checkbox"/> nein |
| | Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? | |
| | | |
| | In welcher Form haben Sie sich geäußert? | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail | |
| | <input checked="" type="checkbox"/> per Brief | |
| 6. | Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7) |
| | Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber ! | |
| | | |

| | | |
|----|---|--|
| 7. | Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG) | |
| | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein |

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

| Ort, Datum | Unterschrift |
|-------------------|--------------|
| Erfurt, 21.9.2021 | |

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)